

Marktwirtschaft, Zentral Verwaltungswirtschaft und Umwelt

Bemerkungen zu einem Vortrag von Gerhard Kade

Horst Hochgreve, geboren 1933 in Hannover, war bis 1968 Buchdrucker, studierte an der Akademie der Arbeit in Frankfurt und ist jetzt 'wirtschaftspolitischer Referent beim DGB-Landesbezirk Hessen. Er ist Mitglied im hessischen Beirat für Umwelt.

Die Zerstörung unserer Umwelt ist weit fortgeschritten. Es soll an dieser Stelle nicht versucht werden, den Umfang der Zerstörung im einzelnen zu beschreiben. Dazu steht Fachliteratur in wachsendem Ausmaß zur Verfügung. Es ist auch nicht meine Absicht, technische Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren. Das ist Aufgabe der Spezialisten. Dieser Beitrag will vielmehr eine Diskussion weiterführen, die mit Recht die Umweltpolitik zunächst in den Gesamtzusammenhang der Wirtschaftsordnung hineinstellt. Denn Umweltpolitik darf nicht allein zu einer Angelegenheit für Technokraten werden. Umweltpolitik ist Gesellschaftspolitik, und

so ist die Diskussion darüber, in welcher Wirtschaftsordnung und in welchem Gesellschaftssystem die Lösung der Umweltprobleme am besten möglich ist, nicht nur berechtigt, sondern auch notwendig. Eine sachliche Erörterung dieser Fragen ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil die Gefahr besteht, daß sich die Umweltdiskussion dogmatisch verhärtet und dadurch in falsche Richtungen gelenkt wird. Teilwahrheiten, Emotionen und „Ideologiekritik“ werden dann selbst zur Ideologie im Sinne des falschen Bewußtseins.

Die Dogmatiker, mit denen wir es zu tun haben, kommen aus verschiedenen Ecken. Da sind zunächst die Individualisten; ihr Organ ist u. a. die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Das Programm ist rührend: Umweltschutz wird als individuelle Erziehungssache angesehen¹). Nichts gegen die richtige Erkenntnis, daß Umweltschutz *auch* Erziehungssache ist; eine Reduzierung der komplexen Problematik allein darauf ist jedoch allzu einfach. Vereinfachungen und undifferenzierte Betrachtungsweisen sind aber gerade in Umweltfragen verfehlt. — Das gilt in gleichem Maße für die entgegengesetzte Richtung, die sich gesellschaftskritisch versteht und überwiegend marxistisch orientiert ist. Einer ihrer Hauptvertreter ist der Darmstädter Professor *Gerhard Kade*, der mit mehreren Beiträgen zum Problem der Umwelt hervorgetreten und auch den Lesern dieser Zeitschrift bekannt geworden ist²).

Kade unternimmt den Versuch, die Zerstörung der Umwelt im Sinne der Marxschen Theorie zu erklären. Im kapitalistischen Staat habe die Umweltdiskussion im Dienste der „herrschenden Klasse“ eine Alibifunktion angenommen. Es würden Oberflächenkorrekturen angeboten, um von Widersprüchen abzulenken und Ursachenanalysen politisch zu verdächtigen; die Umwelt sei „zum Fetisch geworden“. Daher hätten sich zwei „Abschirmungstaktiken“ herausgebildet, eine „irrationale Technik-Philosophie“ und eine zweite, „wissenschaftlich aufgeputzte“, die versuche, eine grundlegende Diskussion zu verhindern, indem sie auf Umweltbelastungen in sozialistischen Ländern hinweise. Beide Taktiken seien jedoch so durchsichtig, daß ihnen kaum noch jemand auf den Leim gehen dürfte. Um das Schlimmste zu verhindern, würden kurzfristig einige technische Erfolge wichtig sein, langfristig aber nicht ausreichen, weil die Antriebskräfte des kapitalistischen Systems erhalten bleiben, die an der Umweltkatastrophe die Schuld tragen: Profitmotivation, Konsumwelle, Vergeudung, Wachstumsfetischismus und marktwirtschaftliches System.

Diese Argumentation erscheint auf den ersten Blick einleuchtend, so daß es sich lohnt, näher darauf einzugehen, zumal überdies Ausgangspunkt der Kadeschen Kritik der jüdisch-christliche Auftrag an den Menschen, sich die Erde Untertan zu machen, ist. Kade schließt sich hier der Meinung des amerikanischen

1) Gerold Lingnau: „Umweltschutz ist Erziehungssache“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. April 1971.

2) Gerhard Kade, „ökonomische und politische Aspekte des Umweltschutzes“, Vortrag auf dem Kongreß „Umweltschutz und Umweltpolitik“ des DGB-Landesbezirks Hessen am 3. 4. 1971, erschienen in: „Gewerkschaftliche Monatshefte“ 5/71, siehe auch: G. Kade „Marktwirtschaft und Umweltschutz“ in: „gdi-topics“, Zeitschrift des Gottfried-Duttweiler-Instituts, 4/71 sowie G. Kade „Durch das Profitmotiv in die Katastrophe“ in: *Wirtschaftswoche / Der Volkswirt* 40/71.

Professors *Lynn White* an, nach der die ökologische Krise die Folge einer Manipulation der Natur ist, die angeblich wiederum auf charakteristische Eigenheiten der christlichen Lehre zurückzuführen ist³). Wie immer man dazu stehen mag: Diese Meinung von einem Marxisten bestätigt zu finden, ist zumindest überraschend. Trotz aller Bemühungen Kades, seinen Salto abzuschwächen („Überführung des christlichen Schöpfungsmythos in die ökonomische Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft“) ist in diesem Punkt die sicherlich unbeabsichtigte Abkehr vom Marxismus nicht zu übersehen: Hier bestimmt bei Kade vorübergehend das Bewußtsein das gesellschaftliche Sein. Daran ändert auch der Hinweis auf den Zusammenhang der „dominierenden religiösen Auffassungen“ mit der Entwicklung der Produktionsverhältnisse nichts. Marx hat den Hegel umgestülpt, Kade stellt ihn wieder auf den Kopf⁴). Hätte Professor Kade seine (zu Recht gewählte) Maxime, die gesellschaftlich-ökonomische Analyse historisch anzulegen, konsequent durchgehalten, dann wäre es ihm möglich gewesen, den rationalen Kern in der mystischen Hülle zu entdecken: Die Aufforderung, sich die Erde Untertan zu machen, war an ein Nomadenvolk gerichtet. Sie in eine allgemeine Theorie der Ausbeutung der Natur hineinzuzwängen, erscheint äußerst fragwürdig und aus marxistischer Sicht völlig unverständlich.

Nach seinem Ausflug in den Idealismus kehrt Professor Kade in Gedankengänge zurück, die seiner Grundauffassung näherliegen. Die Umweltkatastrophe ist für ihn eine „Erscheinungsform des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise, des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung der Produktionsergebnisse“. Folglich wird für ihn „die Frage des Umweltschutzes zur Frage der Ablösung des kapitalistischen Systems, nach der Beseitigung der privaten Verfügungsmacht über den Einsatz der produktiven Faktoren ...“ Damit sind wir beim Kern der Kadeschen Analyse.

Spätestens hier wird die Wissenschaft jedoch von Professor Kade durch den Glauben ersetzt, denn seine Aussagen lassen sich weder theoretisch noch empirisch schlüssig belegen; mehr noch: Dadurch, daß er keinen Versuch unternimmt, die Erkenntnisse aus den sozialistischen Ländern in seine Analyse emzubeziehen, wird dieser Glaube zu einer offensichtlichen Fata Morgana. Die „Schärfe“, mit der er sich gegen Systemvergleiche wendet und sie als „wissenschaftlich aufgeputzte Abschirmungstaktiken“ abqualifiziert, ist aus seiner Sicht verständlich; liegt doch hier der eigentliche wunde Punkt.

Umweltzerstörung ist Folge der industriellen Produktion

Der sachlich durchaus berechnete, von Kade jedoch dogmatisch verstandene Hinweis auf den Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise als Ur-

3) Lynn White, „The Historical Roots of our Ecologic Crisis“, deutsch: „Die historischen Ursachen unserer ökologischen Krise“ in: Gefährdete Zukunft, Prognosen angloamerikanischer Wissenschaftler, München 1970.

4) Karl Marx, Das Kapital, 1. Band, Nachwort zur 2. Auflage, Berlin 1947, S. 18. Marx hat die realitätsfremde Hegelsche Dialektik umgeformt in eine konkrete historisch-materialistische Denkweise; Kade entfernt sich wieder von diesem Entwicklungsprozeß und verfällt in Ideologie.

sache der Umweltzerstörung muß in die Irre und zu unmöglichen Konsequenzen führen. Der Irrtum Kades ist denn auch durchaus folgerichtig: Gleiche „Oberflächenerscheinungen“ haben bei ihm verschiedene Ursachen: Innere Widersprüche im Kapitalismus einerseits, „praktische Unzulänglichkeiten“ im Sozialismus andererseits. Die Aussage von Kade, daß „die Umwelt im Prozeß der Industrialisierung mehr und mehr zum Abfallkübel der privatkapitalistischen Akkumulation“ wurde, ist zwar bedingt richtig; die Industrialisierung ist nun einmal in den meisten Industrieländern unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen zumindest eingeleitet worden. So ist das Umweltproblem im Kapitalismus immer *auch* ein Problem der kapitalistischen Produktion. Andererseits ist das Umweltproblem im Sozialismus immer *auch* ein Problem der sozialistischen Produktion. Das bedeutet: Im Prozeß der Industrialisierung sind die Umweltprobleme entstanden; die Umweltzerstörung ist eine Folge der industriellen Produktion, die in jeder Wirtschaftsordnung und in jedem Gesellschaftssystem⁵⁾ auftritt, verschieden je nach dem Grad der technischen Entwicklung.

Wie steht es nun aber um die von Professor Kade erwähnten Widersprüche? Zunächst muß festgestellt werden, daß grundsätzlich eine Theorie der Umwelt von der Existenz bestimmter Widersprüche ausgehen muß. Bei Kade reduziert sich das Problem im wesentlichen auf den schon erwähnten Grundwiderspruch im Kapitalismus und auf die sich daraus ergebenden Antriebskräfte des kapitalistischen Systems: Alle Übel dieser Welt haben ihre Ursache im Privateigentum an Produktionsmitteln. Daß in jeder Gesellschaft und in jeder Wirtschaftsordnung innere Widersprüche lebendig sind, die für die Erklärung von Umweltschäden herangezogen werden müssen, wird von Kade völlig übersehen. Und nur so ist seine Feststellung, daß Umweltschäden in „sozialistischen“ Ländern ihre Ursachen in „praktischen Unzulänglichkeiten“ haben, verständlich. Er läßt außer acht, daß es in den zentralverwalteten „sozialistischen“ Ländern erhebliche Widersprüche zwischen Betriebs- und Gesellschaftsinteressen, zwischen Produzenten- und Konsumenteninteressen gibt⁶⁾. Das gilt selbstverständlich ebenso für die Wirtschaftsordnung privater Planung, also für die Marktwirtschaft. Sind wir zu der Erkenntnis vorgedrungen, daß in jeder Gesellschaft und in jeder Wirtschaftsordnung verschieden gelagerte Interessen tätig sind und tätig sein müssen, wird deutlich, wo die eigentliche Umweltproblematik liegt. Die Fülle der Einzelinteressen⁷⁾, Antriebskraft der Wirtschaft, kann dem Gesamtinteresse einer intakten Umwelt

5) "Wenn ich die Begriffe „Wirtschaftsordnung“ und „Gesellschaftssystem“ voneinander trenne, dann deshalb, weil ich sie nicht, wie Kade, undifferenziert verwenden möchte. Marktwirtschaft ist für Kade gleich Kapitalismus, eine Unterstellung, die angesichts verschiedener Bemühungen, in osteuropäischen Ländern sozialistische Marktbeziehungen zu diskutieren und einzuführen, sehr bedenklich ist. Die schlagwortartige Verwendung der Begriffe „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ ist auch deshalb problematisch, weil zunächst insbesondere der Begriff „Sozialismus“ definiert werden müßte. Sozialistische Marktwirtschaft oder „demokratischer Zentralismus“ im Sinne der sowjetischen Doktrin? So würde etwa die Fragestellung lauten. Ich werde daher im folgenden die ordnungstheoretischen Begriffe Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft bevorzugt verwenden, wobei mir klar ist, daß auch hierin eine gewisse Vereinfachung liegt, weil Wirtschaftsordnungen in ihrer modellhaften Form nirgends vorkommen. In seinen Beiträgen hat Prof. Kade zwar die Wirtschaftsordnung zentraler Planung expressis verbis nicht favorisiert, doch darf man ihm angesichts seiner Polemik gegen die marktwirtschaftliche Ordnung wohl unterstellen, daß er einer Form der Zentralverwaltungswirtschaft zumindest zuneigt.

6) Vgl. hierzu Ota Sik, Demokratische und sozialistische Plan- und Marktwirtschaft, Zürich 1971, bes. S. 41 f.

7) Daß die von Professor Kade kritisierte Profitmotivation mit darunter fällt, versteht sich am Rande.

entgegenstehen. Die Vertreter des Gesamtinteresses haben somit die Aufgabe, die Einzelinteressen dann, wenn sich daraus umweltgefährdende Auswirkungen ergeben, so wirkungsvoll wie möglich zu kontrollieren und zu kanalisieren.

Materielle Interessiertheit bedroht in beiden Systemen die Umwelt

Auch in den zentralverwalteten Ländern sind Umweltschäden keineswegs nur Ergebnisse „praktischer Unzulänglichkeiten“, sondern auf die jeder Ordnung innewohnenden Interessen-Gegensätze zurückzuführen. So führte das Organ der SED *Neues Deutschland* in seiner Ausgabe vom 26. August 1971 bewegte Klage über die Wasserverschmutzung und über die Nichteinhaltung von Vorschriften der Abwässerreinigung: „... gibt es immer noch Betriebe, die diesen Forderungen nicht entsprechen. So betreibt das Kombinat Keramische Werke Hermsdorf seine Abwasserreinigungsanlagen nicht ordnungsgemäß. In der Geflügelschlachtstelle Schlauroth des Schlachtkombinates Dresden ist zur Zeit nur einer der vorhandenen drei Klärteiche in Betrieb. Im Kombinat Kraftverkehr Gera mußten erst Einsatzkräfte der Oberflußmeisterei eingreifen, um Wasserverschmutzung zu verhindern. — Das Amt für Wasserwirtschaft weist mit allem Nachdruck darauf hin, daß eine solche Handlungsweise einzelner zu erheblichen Schwierigkeiten in der Versorgung anderer Betriebe führt und damit deren Planerfüllung gefährdet. Es ist deshalb dringend geboten, in den Betrieben neben dem rationellen Umgang mit Wasser vor allem die Anlagen zur Abwasserbehandlung vorschriftsmäßig zu betreiben“. ⁸⁾

Hier wird ganz deutlich, daß Umweltschäden von Wirtschaftssubjekten herbeigeführt worden sind, denen es ganz offensichtlich um die leichtestmögliche Produktion ging.

Auch wenn wir unsere Überlegungen allein auf die von Professor Kade als eines der Grundübel herausgestellte Profitmotivation konzentrieren und dem Begriff die emotionale Hülle nehmen, kommen wir zu ähnlichen Ergebnissen. Um nicht den Blick für das Wesentliche einzuengen, ist es zweckmäßig, zunächst einen allgemeinen Oberbegriff für eine Motivation des menschlichen Wirtschaften zu finden. In allen Wirtschaftsordnungen geht das Streben der Menschen grundsätzlich dahin, die zur Verfügung stehenden Produktivkräfte nach den verschiedenen gelagerten, je eigenen Interessen einzusetzen. Der allgemeine Oberbegriff dieser Grundeinstellung kann als „materielle Interessiertheit“ bezeichnet werden ⁹⁾. Es besteht kein Zweifel darüber, daß in der Marktwirtschaft die materielle Interessiertheit sich weitgehend als Profitmotivation äußert und somit bei ungenügend durchgesetztem Gesamtinteresse umweltfeindliche Ergebnisse zeitigt. In der Zentralverwaltungswirtschaft ergibt sich lediglich eine Verlagerung des Problems:

8) Neues Deutschland, 26. 8. 1971.

9) Vgl. hierzu: Ota Sik, Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967, S. 192 f., sowie: Ambree/Mann, Das Preissystem in der sozialistischen Industrie, Berlin 1971, S. 133.

— Die Profitmotivation verlagert sich tendenziell vom Betrieb zum „Unternehmen Volkswirtschaft“.

— Die materielle Interessiertheit (Lohn-, Prämien- und Gewinninteressen) der an der Produktion Beteiligten kann mit dem Ziel der Erhaltung bzw. der Wiederherstellung einer intakten Umwelt ebenso kollidieren wie das Gewinnstreben eines privaten Unternehmens in der marktwirtschaftlichen Ordnung. In den osteuropäischen Ländern sehen diejenigen Politiker und Theoretiker, die den Blick für Realitäten bewahrt haben, die Befriedigung der materiellen Interessiertheit als ein Hauptproblem an. Ihre Nichtbefriedigung kann dahin führen, daß die Wirtschaftssubjekte einen gegebenen Produktionsplan so leicht wie möglich zu erfüllen suchen. Durch bloße Umorientierung auf das Minimalprinzip wird aber die Bedrohung für die Umwelt nicht vermindert. Im Gegenteil: Der mit dem Produktionsausfall verbundene volkswirtschaftliche Schaden wird tendenziell umweltrelevante Investitionen erschweren. Es ergibt sich somit eine Kausalkette, deren Anfang in der unbefriedigten materiellen Interessiertheit liegt und deren Ende weiterhin öffentliche Armut ist, ohne daß deren Pendant privater Wohlstand wäre.

Man könnte nun einwenden, daß eine Zentralverwaltungswirtschaft besser 'in der Lage ist, eine wirksame Umweltpolitik durchzusetzen, weil erstens die Abhängigkeiten von privater Wirtschaftsmacht geringer sind als in der Marktwirtschaft und weil zweitens die Wirtschaftsplanung mit einer politischen Planung einhergeht. Diese Einwände sind teilweise berechtigt. Zum ersten Einwand ist jedoch hervorzuheben, daß sich eine Zentralverwaltungswirtschaft bestimmte umweltrelevante Maßnahmen selbst auferlegen muß. Anders ausgedrückt: Der Umweltschutz wird zum Anhängsel des Planungs- und Produktionsmonopols mit dem Ergebnis, daß zumindest in einigen Bereichen die Produzenteninteressen dominieren.

Was den zweiten Einwand anbelangt, so ist nach allen bisherigen Erfahrungen — das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung konstatiert z. B. für die DDR „eine vernachlässigte technische Infrastruktur“ und „Anfälligkeit gegenüber Störfaktoren“ bei „Mängeln in der Güterbereitstellung für die Bevölkerung“¹⁰⁾ — die Annahme berechtigt, daß die Unzulänglichkeiten des Planungssystems ihre Fortwirkungen in vernachlässigten Umweltaufgaben finden werden.

Umbau der Marktwirtschaft

Dennoch ist die Forderung *Siegfried Katterles* nach einem Umbau der marktwirtschaftlichen Ordnung¹¹⁾ grundsätzlich zu bejahen. Es geht dabei darum, das Verhalten der Einzelwirtschaften nicht nur in den Rahmen des gesamtwirtschaftlich Notwendigen, sondern auch in den Rahmen der politischen Planung, also

10) Vgl. „Konsolidierung durch Wachstumsverzicht?“ in: DIW-Wochenbericht 5/71.

11) Siegfried Katterle, „Infrastruktur und Wirtschaftsordnung“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/71.

auch der Umweltplanung, einzubeziehen, ohne die Entscheidungsautonomie der Einzelwirtschaften zu beseitigen. Ansätze eines solchen Umdenkens sind verschiedentlich feststellbar. So bemängelt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1970¹²⁾ das Nachhinken öffentlicher Investitionen; der Staat habe antizyklische Finanzpolitik überwiegend von der Seite der Ausgaben her betrieben, anstatt private Übernachtungsfrage rechtzeitig in der konjunkturellen Aufschwungphase zurückzudrängen.

Sicherlich ist es auch nicht unberechtigt, die Konsumwelle und gewisse Umweltschäden in einem Zusammenhang zu sehen (wie es um die „Konsumentensouveränität“ steht, sollte eigentlich hinreichend geklärt sein!) Auch aus dem wirtschaftlichen Wachstumsprozeß ergeben sich viele Umweltprobleme. Von „Wachstumsfetischismus“ zu sprechen, ist indes nur berechtigt, wenn darunter ein Wachstum um jeden Preis, auch um den Preis weiterer Umweltzerstörung verstanden wird. Worauf es ankommt, ist der Einbau umweltpolitischer Gesichtspunkte in eine Strategie des optimalen Wirtschaftswachstums, die Ablösung des Prinzips Maximierung durch das Prinzip Optimierung¹³⁾. Verzicht auf Wachstum überhaupt aber wäre gefährlich, denn eine Finanzierung von umweltrelevanten Investitionen wird nur in einer Phase stetigen wirtschaftlichen Wachstums möglich sein.

Die in den letzten Jahren geführte Umweltdiskussion zeigt, daß sich die gesamtwirtschaftlichen Zielsetzungen zunehmend komplizieren. Der Aspekt Erhaltung bzw. Wiederherstellung einer intakten Umwelt wird zusätzlich zu den bisher allgemein anerkannten wirtschaftspolitischen Zielen (für die Gewerkschaften kommt ohnehin das Ziel einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung hinzu) Berücksichtigung finden müssen. Das Zielbündel würde demnach umfassen

- Vollbeschäftigung
- gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung
- Stabilität des Preisniveaus
- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum
- bei Aufrechterhaltung des ökologischen Gleichgewichts.

Dieses erweiterte Zielbündel birgt allerdings auch weiteren Konfliktstoff in sich. So könnten zwischen den Zielen Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum einerseits und dem Ziel des Umweltschutzes andererseits Konflikte entstehen. Würde beispielsweise unter dem Gesichtspunkt der wachsenden Umweltbelastungen durch einen übersteigerten Individualverkehr dieser aus den Ballungszentren bei vorrangiger Förderung des öffentlichen Nahverkehrs konsequent zurückgedrängt, wäre Stagnation in der Automobilindustrie nicht ausgeschlossen. Das hätte aber auf Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und auch auf verteilungs-

12) Bundestagsdrucksache VI/1470, Textziffer 99.

13) Vgl. hierzu Ludwig Preller „Sozialpolitik — Theoretische Ortung“, Tübingen und Zürich 1962, S. 168 ff.

politische Ziele negativen Einfluß. Es gilt daher, die möglichen nachteiligen Folgen von Maßnahmen des Umweltschutzes rechtzeitig zu erkennen und aufzuheben. Damit wird deutlich, daß Umweltschutz und eine gezielte regionale und sektorale Strukturpolitik eng zusammenhängen. Insofern ist es sinnvoll, den Begriff Umweltschutz auszuweiten in Richtung auf *Umweltplanung*.

Um es ganz deutlich zu machen: Dieser Beitrag will Umweltschäden, die sich aus den der Marktwirtschaft innewohnenden Widersprüchen ergeben, nicht rechtfertigen, sondern mithelfen, Illusionen abzubauen. Um Illusionen zu erschüttern, müssen Vergleiche mit denjenigen Systemen gezogen werden, in denen die von Gerhard Kade als Hauptübel bezeichneten Widersprüche zwischen gesamtgesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung beseitigt sind. Jede andere Diskussion wäre wenig realitätsbezogen. Es wäre auch fatal, hinsichtlich des „technisch Machbaren“ und der Finanzierung in Resignation zu verfallen. Wie auch immer die Kombination des Verursachungsprinzips mit den verschiedensten Steuerarten aussehen mag: Auch die Steuerlastquote darf keine heilige Kuh sein. Alles in allem: Es wäre gut, wenn die Umweltdiskussion im Sinne der 8. Feuerbach-These von Karl Marx geführt würde: „Alles gesellschaftliche Leben ist wesentlich praktisch.“